

Forderungen der Studierenden zum Bildungsstreik 2009

Weltweit ist Bildung im Wandel: Das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung wird zurückgedrängt. Stattdessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und damit selbst mehr und mehr zur Ware. Global sind es die GATS-Verträge, in Europa der Bologna-Prozess, die den Kern solcher Reformen bilden. Doch weltweit regt sich Widerstand. In diesem Zusammenhang steht der bundesweite Bildungsstreik vom 15. bis 19. Juni 2009.

Deshalb fordern wir:

Soziale Öffnung der Hochschulen

- Den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen!
- Die Abschaffung von Studiengebühren und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung!
- Die finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden – ohne Kredite!
- Die Abschaffung jeglicher Diskriminierung, auch in ihrer institutionalisierten Form gegenüber ausländischen Studierenden!

Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form

- Die Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss!
- Das Ende von Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung!
- Die Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzung im Studium!
- Die tatsächliche Umsetzung der Mobilität zwischen den Hochschulen!

Demokratisierung des Bildungssystems

- Den Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich!
- Die Mitbestimmung aller Beteiligten im Bildungssystem, u.a. durch Viertelparität in den Hochschulgremien!
- Die Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern!

Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen

- Die Umsetzung freier alternativer Bildungskonzepte!
- Die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich!
- Die Aufstockung des Lehrpersonals auf ein pädagogisch tragbares Niveau! Dazu sind in den nächsten drei Jahren mindestens 8.000 Professuren, 4.000 Mittelbaustellen und 10.000 Tutor/innenstellen neu zu schaffen!
- Die Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitenbildung!
- Die Einheit von Forschung und Lehre statt der Exzellenzinitiative!

<http://www.bildungsstreik.net/>

Geht es nur um Rettung der Schule?

Zur aktuellen Berichterstattung über die geplante Drei-Religionen-Schule in Osnabrück, u. a. zu den Artikeln „Drei Religionen unter einem Schul-Dach – Katholiken, Muslime und Juden planen gemeinsame Grundschule“ (Ausgabe vom 5. September) und „SPD lehnt Schul-Idee der Kirche ab – Gegen multireligiöse Privatschule“ (Ausgabe vom 18. September).

„Es ist wichtig und richtig, sich gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit zu stellen und nach Lösungen zu suchen. Kein Mensch soll missachtet, diskriminiert und entwertet werden. In einer multikulturellen Gesellschaft sind gelebte Begriffe wie Toleranz – Integration – Inklusion – und Respekt von elementarer Wichtigkeit. Den Gehalt dieser Begriffe zu vermitteln, das ist Auftrag des staatlichen Bildungssystems. Dieses geschieht auch tatsächlich. [...] In vielen konfessionell gebundenen/ungebundenen Grundschulen werden Schülerinnen und Schüler vieler (häufig mehr als drei) religiöser Weltanschauungen unterrichtet. Bekenntnislosen wird der Zutritt ebenfalls nicht verwehrt. Ist

das Projekt des Bistums tatsächlich innovativ, wenn die Kinder [...] zwar in ihren Religionen unterrichtet werden, aber durch gemeinsame Festtage und Projekte Berührungspunkte mit anderen Religionen verlieren?“

Oder geht es dem Bistum um die Rettung einer katholischen Grundschule? Auch wenn die katholische Kirche ihre Schulen gut ausstattet und führt, ist die zunehmende Privatisierung von Bildungseinrichtungen zu stoppen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) setzt sich ein für ‚Eine Schule für alle‘ und nicht für ‚Eine Schule für alle, die katholischen, muslimischen oder jüdischen Glaubens sind‘. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und keine Ware.“

Ulrich Bösch
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1
Osnabrück

Dieter Knutz
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Bahnhofplatz 8
Oldenburg

NOZ Mittwoch, 30.9.2009

Diese Forderungen werden von vielen Menschen geteilt, weil sie uns der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung näher bringen. Für eine tatsächliche Demokratie ist unsere Forderung nach einem frei zugänglichen, öffentlich finanzierten und emanzipatorisch ausgerichteten Bildungssystem unerlässlich. Derzeit geht es durch die Ökonomisierung der Bildung in eine andere Richtung: Die Hochschulen sind zunehmend abhängig von der Wirtschaft, ihre Funktion in der Gesellschaft hat sich gewandelt. Das ist kein Zufall! Bildung wird den Gesetzen des Marktes unterworfen; Konkurrenz reproduziert soziale Ungleichheit und Verwertungslogik. Um unsere Forderungen durchzusetzen bedarf es daher letztlich gesamtgesellschaftlicher Veränderung.